Beschluss

E2 Soli 2.0 – Solidarität brauchen wir mehr denn jeh.

Antragsteller*in: Landesausschuss Jusos Thüringen
Tagesordnungspunkt: 4. Antragsberatung der übrigen LaKo Anträge

Antragstext

Wir fordern eine Neuauflage des Solidaritätsbeitrags. Der zu zahlende Betrag soll sich wie der bisherige Solidaritätsbeitrag an der Höhe des Einkommens bemessen. Verwendet werden soll er für Infrastrukturprojekte in ganz Deutschland.

Die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags war lange versprochen und wurde zuletzt auch vehement eingefordert und schließlich für 90% der Bevölkerung umgesetzt. Begründet wurde dies aber nicht vordergründig damit, dass es per se keine Notwendigkeit mehr für Transferzahlungen gäbe, sondern vielmehr damit, dass der ursprüngliche Zweck des Solis nämlich der „Aufbau-Ost“ abgegolten- und der Soli bei seiner Einführung für einen viel kürzeren Zeithorizont angelegt gewesen sei. Außerdem lässt sich der Umstand, ob eine Region die Hilfen braucht, entsprechende derer der Soli eingerichtet worden war, mittlerweile nicht mehr daran festmachen, ob sich um eine Region in Ost oder West handelt.

Gerade der letzte Punkt zeigt für uns: Wir brauchen weiterhin einen “Soli”, und zwar für Förderprojekte deutschlandweit. Dafür bedarf es einer transparenten Neuauflage des Konzepts. Dem Solidaritätsgedanken soll dabei wie beim ursprünglichen Solidaritätsbeitrag ebenfalls dadurch Geltung verschafft werden, dass die Beitragserhebung nach Einkommen gestaffelt vorgenommen werden soll.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.